

„Das ist eine grüne Illusion. Die Quittung: dramatisch steigende Strompreise“

Welt, 12.10.2021, Joern Lauterbach

https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/plus234356596/Klartext-Stefan-Aust-zur-Lage-Das-ist-eine-gruene-Illusion-Die-Quittung-dramatisch-steigende-Strompreise.html?sc_src=email_1186156&sc_lid=111696304&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=8693&sc_cid=1186156&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die Republik hat gewählt: Was sind jetzt die Themen, die Deutschland bewegen, wie ist die Lage? WELT-Herausgeber Stefan Aust spricht Klartext. Heute: Warum die Energiepreise ein Kampffeld bleiben werden.

WELT: Wir erleben gerade einen starken Anstieg der Gas-, aber auch anderer Energiepreise. Da dieser Bereich immer stärker politisiert wurde – ist das erst der Anfang einer Entwicklung?

Stefan Aust: Die Zeiten, in denen die Stadtwerke mit Augenmaß die Energiepreise festgelegt haben, sind ja schon länger vorbei. Der Energiesektor ist das politische Kampffeld dieser Tage – und das nicht erst seit gestern. Und dann auch noch global, was manche Politiker hierzulande offenbar noch nicht mitbekommen haben. Sie glauben, eine Energiewende hin zu Windrädern, Solardächern und unendlichen Maisfeldern für die Biogas-Produktion würde Deutschland energetisch autark machen. Das ist eine grüne Illusion. Die Quittung dafür sind die dramatisch steigenden Strompreise.

Fossile Brennstoffe einzusparen, wo es nur geht, ist richtig und sinnvoll. Aber da sollte man sich vor Wunschdenken hüten. Diese Entwicklung wird mit der laufenden Energiewende ganz sicher so weitergehen. Wenn wie geplant die letzten sechs noch aktiven Atomkraftwerke bis Ende nächsten Jahres abgeschaltet werden, gibt es eine ziemliche Stromerzeugungs-Lücke. Man bräuchte dann zusätzlich zu den gegenwärtigen etwa 30.000 Windrädern noch einmal 15.000 dazu. Und dann noch die entsprechenden konventionellen Kraftwerke, um im Falle von mangelndem Wind den Strom zu erzeugen.

Wenn wir uns von der Atomenergie verabschieden und auch aus der Stein- und Braunkohle rauswollen, kein russisches Gas beziehen, sondern höchstens amerikanisches, das aber auf keinen Fall durch Fracking gefördert sein darf, wird es eng.

WELT: Zunächst einmal wird auf Russland gezeigt, das aber alle Verantwortung für die Situation von sich weist. Die EU wiederum handelt erneut uneinheitlich und will im Oktober beraten. Bahnt sich ein Schwarzer-Peter-Spiel an?

Aust: Diese Uneinigkeit im politischen Raum hat sich ja schon im Umgang mit der Gaspipeline Nord Stream 2 deutlich gezeigt. Wenn die EU als eine gemeinsam handelnde Einkaufsgesellschaft auftreten würde, wäre die Verhandlungslage gegenüber Russland als großem Gaslieferanten sicher eine andere. Aber man kann den Russen nicht an einem Tag sagen, man will die Nutzung der fertigen Pipeline verbieten, und am nächsten Tag größere Gaslieferungen fordern. Nun steuert man

durch die oben genannten Ausstiegsszenarien auf eine stärkere Abhängigkeit zu und gerät in eine Schieflage, die sich auch an den Märkten zeigt.

Die Energiepreise explodieren gerade. Das zeigt sich beim Tanken, beim Heizen und beim Strom. Dadurch steigt die Teuerungsrate auf Rekordhöhe. Mit 4,1 Prozent ist sie so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr.

WELT: Sollte die Lage im Winter eskalieren, könnte dann eine erneute Debatte über die Atomkraft entstehen?

Aust: Wenn Menschen in ihren Häusern frieren sollten – für Deutschland rechne ich nicht damit, andere Länder könnten aber durchaus betroffen sein – wird sich die Debatte in mehrere Richtungen entwickeln. Es ist ja ohne Frage richtig, dass der Beitrag fossiler Brennstoffe zur Energieerzeugung reduziert werden muss, zumal diese endlich sind und bei weltweit steigendem Bedarf irgendwann sehr teuer werden.

Nur sollte der Umbau sich an Realitäten orientieren und nicht so verlogen sein, dass für Deutschland die Energielast nur durch Zukäufe von Atomstrom aus Frankreich oder von Kohlestrom aus Tschechien zu bewerkstelligen ist.

WELT: Insbesondere die Grünen wollen neben das bestehende Steuersystem noch einen zweiten Geldkreislauf setzen, mit dem Energiekosten einerseits steigen können, andererseits Verbraucher durch Ausgleichszahlungen entschädigt werden. Könnte sich das am Ende als zu komplex oder bürokratisch erweisen?

Aust: Was auf dem Papier vielleicht als schlüssiger Kreislauf erscheint, hat in der Realität zumeist so viele Ausnahmen und Nebenregelungen, dass es dann eben doch sehr bürokratisch und zuweilen auch ungerecht wird. Hier steht konkret durch den angedachten Kompensationskreislauf für diesen Sektor eine Art partieller Ausstieg aus der Marktwirtschaft an, Ausgang bestenfalls ungewiss.